
U. B. H.
Unabhängige Bürger Bad Hersfeld-U.B.H. e.V.

Die Fraktionen

Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Lothar Seitz

36251 Bad Hersfeld

Fraktionsvorsitzender:

Telefon:

Mobil:

Fax:

E-Mail:

Internet:

Datum: 30.03.2019

Antrag der Fraktionen von SPD, FWG und UBH betreffend
Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen auf, die erhöhte Gewerbesteuerumlage für den Aufbau der neuen Bundesländer über den Fonds "Deutsche Einheit", den Solidarpakt I und den Solidarpakt II plangemäß im Jahre 2019 ohne Anschlussregelung auslaufen zu lassen und den Städten und Gemeinden damit Gelegenheit zu geben, diese Mittel für die Instandhaltung ihrer eigenen Infrastruktur aufzuwenden.

Begründung:

Seit 25 Jahren finanzieren die Kommunen in Hessen und das Land Hessen den Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern über den Fonds „Deutsche Einheit“, den Solidarpakt I und den Solidarpakt II. Die Kommunen liefern ihren Anteil in Form der erhöhten Gewerbesteuerumlage. Die gesetzliche Grundlage für diese Umlage läuft Ende 2019 aus. Die Gelder würden, ohne dass es dazu einer gesetzlichen Initiative bedarf, zukünftig wieder den Städten und Gemeinden zugutekommen.

Die Gewerbesteuerumlage würde automatisch sinken und groben Berechnungen zur Folge, würden je nach örtlicher Struktur etwas mehr als 10% der Gewerbesteuereinnahmen zusätzlich bei den Kommunen verbleiben. Für Bad Hersfeld könnte dies ca. 1,8 Mio. € bedeuten.

Das Land Hessen plant gemäß dem Finanzplanungserlass des „Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport“ vom 13.9.2018 für die Haushaltsaufstellung 2019 eine ungeschmälerete Fortgeltung der Rechtslage. Dies ist ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, denn diese Mittel gehörten ursprünglich den Städten und Gemeinden.

Nach unserer Auffassung müssen diese Mittel der Gewerbesteuerumlage ab 2020 den Kommunen für ihre kommunalen Aufgaben wieder zur Verfügung gestellt werden.

Mit Blick auf die mögliche Abschaffung der Straßenbeiträge wäre dies eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

für die Fraktionen

SPD – Fraktion

i. A.



Karsten Vollmar

FWG - Fraktion



Jürgen Richter

UBH - Fraktion



Hans – Jürgen Schülbe